

An die VertreterInnen der Presse

21.01.09

Rechtsextremismus und Neofaschismus wirksam bekämpfen DGB Bergstraße enttäuscht von Kreistags-Resolution – scharfe Kritik an der CDU

BERGSTASSE. Mit scharfer Kritik reagiert der DGB-Kreisverband Bergstraße auf die „Extremismus“-Resolution des Bergsträßer Kreistages. Die Resolution wurde mit den Stimmen von CDU, FDP, FWG und den „Reps“ verabschiedet. Kreistags-Mitglieder von SPD, den Grünen und Die Linke hatten aus Protest gegen den Text und gegen die zuvor geführte Debatte den Saal verlassen.

„Es ist bezeichnend, dass die CDU-geführte Kreisregierung eine Resolution zusammen mit einer rechtsradikalen Partei wie den „Reps“ beschließt und die Opposition vor die Tür treibt“, stellen die Gewerkschafter fest. „Ein klares Signal gegen Rechtsextremismus und Neofaschismus sieht anders aus“.

Weder nenne die verabschiedete Resolution Rechtsextremismus und Neofaschismus klar und deutlich beim Namen, noch seien darin praktische Schlussfolgerungen – etwa die Forderung nach dem Verbot der NPD – zu finden. Der DGB erinnert an die Praxis vieler Kreise und Städte, Aufmärsche von Neonazis konsequent zu verbieten: „Daran könnten sich der Landrat und die Bürgermeister ein Beispiel nehmen. Das wäre ein eindeutiges politisches Signal“. So hält sich der Kreistag faktisch aus der Auseinandersetzung heraus und lässt couragierte Bürgerinnen und Bürger bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus und Neofaschismus im Stich: „Dabei ist es höchste Zeit, dass dem „Aufstand der Anständigen“ endlich der „Aufstand der Zuständigen“ im Kreis und in den Gemeinden folgt“, fordert der DGB Kreisvorstand.

Harte Kritik übt die Gewerkschaft vor allem an der CDU: „Während Ministerpräsident Koch und die CDU den Fall der Münchner U-Bahn-Schläger für eine wochenlange Presse- und Wahlkampagne ausschlachtet, ist von ihnen nichts zu hören, wenn in Nordhessen ein dreizehnjähriges Mädchen

von einem Neonazi mit einem Klappspaten fast totgeschlagen
Auch über den Mordanschlag auf den Polizeichef von
Passau, der mit höchster Wahrscheinlichkeit auf das Konto
von Neonazis geht, hüllt sich Koch in Schweigen“.

Der DGB Bergstraße fordert alle Wählerinnen und Wähler
auf, bei der Landtagswahl am 18. Januar die Chance zu
nutzen, über die Zukunft Hessens mitzubestimmen. Rechten
Gruppierungen sei eine klare Absage zu erteilen: „Je höher
die Wahlbeteiligung, desto sicherer ist es, dass Neonazis dort
bleiben, wo sie hingehören: nämlich möglichst weit unter
einem Prozent. Für braune Verbrecher ist im hessischen
Landtag kein Platz“.